

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 32 (1953)
Heft: 11-12

Artikel: Sozialismus als Notwendigkeit
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336749>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 23.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialismus als Notwendigkeit

Die neue Programmschrift der Britischen Arbeiterpartei

Nach einer einige Monate umfassenden Diskussion innerhalb der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und nach einer mehrtägigen Debatte in Margate selbst hat der heutige Parteitag der Labour Party die Programmschrift «Challenge to Britain» («Ruf an Britannien») nahezu einstimmig und nahezu ohne Abänderung der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Fassung angenommen. Die einzige wesentliche Änderung, die der Parteitag vornahm, betrifft ein Gebiet, das nur für England selbst Interesse hat, dort dafür aber großes: sie beziehen sich auf die feste Absicht der Arbeiterpartei, die volle Demokratie auch im Erziehungswesen durch Aufbau eines Systems der *Einheitsschule* zu verwirklichen.

«Challenge to Britain», das die Unterlage für das Wahlprogramm bilden soll, mit dem die Arbeiterpartei zum Kampf um die parlamentarische Mehrheit anzutreten gedenkt, ist eine sehr nüchtern gehaltene Schrift, in der viel mehr an den Verstand als an das Gefühl appelliert wird. Um so stärker wirken in so sachlichen Darlegungen über Zahlungsbilanz und Wohnungsbau die Stellen, in denen die ideologische Grundhaltung durchbricht, die das ganze Elaborat zusammenkält. «*Der Sozialismus*», heißt es da, «ist eine *Notwendigkeit* geworden, wenn wir die Sicherheit und das ordentliche Lebensniveau erreichen wollen, das uns vorschwebt.»

Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Vorschläge für weitere *Verstaatlichungsmaßnahmen* zu verstehen, die die Programmschrift der nächsten Arbeiterregierung, die sie herbeizuführen mithelfen will, auf den Weg mitgibt. Diese Vorschläge sind nicht aus einem Guß und so überzeugend, wie sie die des Programmes von 1945 «Let us face the future» («Laßt uns der Zukunft ins Auge blicken») waren. Damals ging es um ein in sich abgerundetes Programm zur Übernahme der Grundindustrien in die Hände der Allgemeinheit. Dieses Programm wurde in einer fünfjährigen Legislaturperiode in des Wortes wahrsten Sinn bis zum letzten Buchstaben erfüllt, und daß die *Bergwerke, die Eisenbahnen, die Notenbank, der Flugverkehr, Gas und Elektrizität sowie die Eisen- und Stahlerzeugung* nicht in privaten Händen verbleiben konnten, wenn man Planwirtschaft und Vollbeschäftigung nicht nur für heute, sondern für immer verwirklichen wollte, war ziemlich einleuchtend. Es ist klar, daß ein Versuch, eine Liste weiterer verstaatlichungsreifer Industrien zusammenzustellen, weit schwieriger ist und nicht damit rechnen kann, auf so allgemeine Zustimmung in der Bewegung zu

stoßen wie es mit der Liste von 1945 der Fall war. Damals waren es mehr oder weniger Wunschträume, und man hatte keinerlei klare Vorstellung darüber – zumal man ja auch nicht wußte, wie die Nachkriegswelt im allgemeinen aussehen wird –, was eine Arbeiterregierung im Laufe einer fünfjährigen Amtsperiode rein parlamentstechnisch zu verwirklichen imstande sein werde. Jetzt hat man darüber halbwegs eine Übersicht, was das Verstaatlichungsproblem aus der Sphäre der idealen Forderungen in den Bereich der praktischen Erwägungen rückt. Das hat unleugbare Vorteile; für die Menschen mit ideologischen Bedürfnissen hat es aber den Nachteil, daß es das Hissen einer Fahne erschwert, auf die die einzelnen Forderungen ohne alle «Wenn» und «Aber» aufgeschrieben sind. Eine ihrer Verantwortung bewußte Bewegung kann nicht mehr das Blaue vom Himmel verlangen, auch wenn das die Herzen der eigenen Anhänger höher schlagen ließe. Wer aber daraus den Schluß ziehen würde, daß die Labourregierung dem Gedanken der Überführung weiterer Wirtschaftszweige aus dem Bereich der Profitwirtschaft in den der Gemeinwirtschaft jetzt kühl oder kühler als früher gegenübersteht, würde die Situation völlig mißverstehen. Die guten und teilweise ausgezeichneten Resultate, die die bisherigen Verstaatlichungsmaßnahmen gebracht haben, rechtfertigen an sich schon die Vorbereitung weiterer, und «Challenge to Britain» gipfelt denn auch in einer Reihe von positiven Vorschlägen für weitere Verstaatlichungsakte, deren Tragweite man, zum Beispiel bei der chemischen Industrie, nicht deshalb unterschätzen soll, weil der genaue Umfang des in Gemeinbesitz zu überführenden Sektors erst einer weiteren Erhebung vorbehalten bleibt. Mit dem Verstaatlichungsproblem haben sich in letzter Zeit sowohl der alljährliche Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes als auch der Parteitag der Arbeiterpartei beschäftigt. Wenn sich auch die Beschlüsse beider Tagungen nicht voll decken, bedeutet das an sich wenig, da die meisten Gewerkschaften ohnehin der Arbeiterpartei angeschlossen sind und ihre Vertreter sich vollinhaltlich hinter die Beschlüsse des Parteitags gestellt haben.

Die Haltung des Gewerkschaftsbundes

Der vorjährige Gewerkschaftskongreß hatte dem Generalrat (Vorstand) den Auftrag gegeben, eine Liste von Industrien auszuarbeiten, die verstaatlichungsreif sind; diese Liste sollte der nächsten ins Amt kommenden Arbeiterregierung präsentiert werden. Der dem heurigen Kongreß vorgelegte und ausdrücklich als «provisorisch» bezeichnete Bericht ist in seinen positiven Anträgen sehr zurückhaltend. In seinem Rückblick auf die Vergangenheit unterstreicht der Bericht den vollen Erfolg der Verstaatlichungsmaßnahmen, die die Arbeiterregierung der Jahre 1945–1951 durchgeführt hat, und er verlangt energisch die *Wiederverstaatlichung* von Wirtschaftszweigen,

die die gegenwärtige konservative Regierung dem Privatkapital wieder in die Hände spielen will. Für die Zukunft betrachtet er aber die Nationalisierungsfrage ausschließlich vom Standpunkt dessen, was dem Land im gegenwärtigen Augenblick frommen würde, da die Hauptbetonung auf erhöhte Produktivität, Verbesserung der Ausfuhr und Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz gelegt werden muß. Man könnte, heißt es da, den Weg versuchen, nicht einen ganzen Industriezweig in die Hände der Allgemeinheit zu überführen, sondern da und dort *Schlüsselbetriebe* durch den Staat erwerben zu lassen. Für die chemische Industrie wird wegen ihres Monopolcharakters Staatskontrolle verlangt. Die direkte Verstaatlichung wird nur für die vielfach noch in privaten Händen befindliche *Wasserversorgung* vorgeschlagen – dieses «Sich-mit-dem-Wasser-Begnügen» hat natürlich auch viel Hohn erregt –, und es wird der Gedanke einer Erweiterung des Bereiches von landwirtschaftlichem Boden, der der öffentlichen Hand gehört, gebilligt. Darüber hinaus will der Generalrat Verstaatlichungsmaßnahmen erst nach gründlicher Erhebung der Verhältnisse in der betreffenden Industrie verwirklicht sehen. Vielen Rednern am Gewerkschaftskongreß erschien dieses Programm zu «zahn», aber der Bericht wurde doch mit großer Mehrheit angenommen. Man geht jedoch kaum fehl, wenn man annimmt, daß diese Mehrheit viel kleiner gewesen wäre, wenn nicht der Sprecher des Generalrates, Charles Geddes von den Postangestellten, vor der Abstimmung ein ausdrückliches Bekenntnis zum Verstaatlichungsgedanken abgelegt hätte. Er unterstrich wiederholt, daß der Gewerkschaftsbund keinen Anlaß habe, von seiner traditionellen, der Nationalisierung günstigen Haltung abzugehen. Allerdings sei, führte er aus, diese kein Allheilmittel und führe nicht automatisch, wie manche glauben, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit herbei. Die Stimmung der Delegierten war so eindeutig für «mehr Gemeinwirtschaft», daß das Schicksal der Vorschläge des Generalrats in Schwebe war, solange eine solche Erklärung nicht erfolgte.

Die Diskussion in Margate

Eine sehr ähnliche Diskussion gab es einige Wochen darauf am Parteitag der Arbeiterpartei in *Margate*. Die vom Parteivorstand vorgelegte Programmschrift «Challenge to Britain» geht in ihren Verstaatlichungsvorschlägen weiter als der Gewerkschaftsbund. Eine Reihe von *Maschinenfabriken* sollen in Staatsbesitz übergehen sowie Teile der *chemischen Industrie*. Gewisse *Werkzeugmaschinen* erzeugende Werke sollen im Besitz der Allgemeinheit als Mittelpunkte des technischen Fortschritts und der Bestrebungen nach Rationalisierung funktionieren. *Flugzeugfabriken*, die nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen, sollen vom Staat übernommen werden. Wie schon gesagt, ist das im Vergleich mit dem Verstaatlichungsprogramm der

Jahre 1945–1951 nicht nur viel bescheidener, sondern die einzelnen Vorschläge lauten auch viel verklausulierter. Es wäre wieder ein Irrtum, wollte man darin eine Abkehr oder gar ein Abschwören von Gedanken sehen, die sich in der Praxis vollkommen bewährt haben, ganz abgesehen davon, daß weder ein Gewerkschaftskongreß noch auch ein Parteitag der Labour Party jemals Vorschlägen zustimmen würde, die der ganzen Tradition der Bewegung ins Gesicht schlagen. Eine Reihe von Anträgen, die die Verstaatlichungsliste erweitert sehen wollten, fand aber am Parteitag von Margate keine Mehrheit, wobei einige der Arbeiterpartei angeschlossene Gewerkschaften «Pro» und andere «Contra» stimmten, so daß es auch in dieser Frage keineswegs eine geschlossene Front «Gewerkschaften gegen politische Organisationen» gab. Die weitergehenden Vorschläge fielen vor allem deshalb, weil sie unklar und unbestimmt waren, wie ein Antrag, der einfach «die *Rüstungsindustrie*» zur Verstaatlichung vorschlug, also einen schwer zu begrenzenden Ausschnitt aus fast allen Industriezweigen. Auch ein Vorschlag, den *landwirtschaftlichen Boden* dem Privatkapital zu entziehen, wurde verworfen, hauptsächlich wohl deshalb, weil der Landarbeiterverband ihn für unpraktisch und sachlich nicht notwendig erklärte. Hier stießen Praktiker und Theoretiker aneinander: die ersten wiesen darauf hin, daß die letzte Arbeiterregierung bereits alle gesetzlichen Voraussetzungen zu einer Übernahme von brachliegendem Land durch die öffentliche Hand getroffen habe. Die anderen leugneten das nicht, aber verlangten nach etwas In-die-Augen-Springendem, nach etwas, das die Herzen erwärmt und die sozialistische Phantasie beflügelt. Die Mehrheit entschied sich für die Praktiker, aber Mehrheit und Minderheit waren sich dahin einig, daß dort nationalisiert werden soll, wo es sachlich notwendig ist und nicht nur dort, wo die private Initiative offenkundig versagt hat. Verstaatlichung ist *keine Sanierungsmaßnahme für bankrotte Unternehmungen*, sondern ein Schritt zur Sicherung der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit. Nicht der Verstaatlichungsgedanke als solcher stehe zur Diskussion, sagte der Abgeordnete Crosland, sondern nur die Frage, was eine Arbeiterregierung innerhalb einer Funktionsperiode von fünf Jahren im Parlament durchbringen könne.

Die Genossenschaftsbewegung ist unzufrieden

Ein Zweig der britischen Arbeiterbewegung ist allerdings mit diesen Beschlüssen unzufrieden, und hat es auch laut und vernehmlich gesagt, und das sind die *Genossenschaften*, die in Großbritannien, ihrem Mutterland, einen wirtschaftlichen Machtfaktor darstellen. Sie verlangen nicht nur, daß genossenschaftliche Fabriken einer zu verstaatlichenden Branche von der Nationalisierung ausgenommen werden (eine Forderung, die nicht aktuell ist, weil es in den jetzt zur Debatte stehenden Betriebszweigen keine solche

Betriebe gibt), aber daß ihre Konzeption der Gemeinwirtschaft ausdrücklich als eine höhere Form der Betriebsführung neben den Staats- und Kommunalbetrieben anerkannt wird. Weder das Memorandum des Gewerkschaftsbundes noch auch die Programmschrift der Arbeiterpartei erwähnen die Möglichkeit einer Vergenossenschaftlichung der Produktion noch auch geben sie den bestehenden genossenschaftlichen Betrieben einen festen Platz in dem Gefüge der Wirtschaft. Ungleich den Gewerkschaften sind die Genossenschaften (mit einer Ausnahme) der Arbeiterpartei nicht direkt angeschlossen, das heißt sie bringen keine Blockmitglieder mit; aber der «National Council of Labour», die höchste Instanz der britischen Arbeiterbewegung, ist aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Partei, des Gewerkschafts- und des Genossenschaftsbundes zusammengesetzt. Überdies sind viele sozialistische Abgeordnete zugleich Abgeordnete der «Genossenschaftspartei», die als Zusammenfassung der politisch interessierten Genossenschaftsmitglieder neben der Arbeiterpartei besteht, aber nicht gegen sie auftritt. Die Genossenschaftsbewegung hat es ruhig hingenommen, als im Zuge der Grubenverstaatlichung eine dem Genossenschaftsbund gehörige Grube in Staatsbesitz überging, weil es sich um eine Einzelercheinung handelte. Die Sache hätte allerdings ein anderes Gesicht, wenn zum Beispiel im Falle einer Verstaatlichung der Lebensmittelindustrie der Versuch gemacht würde, auch die genossenschaftlichen Mühlen in die Aktion einzubeziehen. Der Vertreter des Genossenschaftsbundes hat das auf dem Parteitag von Margate mit den Worten ausgedrückt, die Genossenschaften wären nicht bereit, an ihrem eigenen Begräbnis mitzuwirken, auch wenn die Leichenbestatter noch so gute Freunde seien. Hier ist zweifellos ein offenes Problem, das seiner Klärung noch harret.

Die Notwendigkeit der Schulung

Entgegen einem vom Eisenbahnverband mit aller Entschiedenheit vertretenen Antrag haben sowohl der Gewerkschaftskongreß als auch der Parteitag der Arbeiterpartei an der traditionellen Auffassung festgehalten, daß die Gewerkschaften als solche nicht in den leitenden Körperschaften nationalisierter Betriebe vertreten sein sollen. Nach wie vor wird aber darauf gedrängt, daß ein möglichst starker Prozentsatz der leitenden Funktionäre dem Reservoir der aus der Arbeiterbewegung kommenden Fachleute entnommen werden (sie würden aber ad personam und nicht als Vertreter ihrer Verbände ernannt werden) soll. Das ist eine fast selbstverständliche Forderung, aber ihre Erfüllung würde die Arbeiterbewegung in die größten Schwierigkeiten stürzen. Jetzt ist kaum ein Siebentel der Sitze in den leitenden Körperschaften der nationalisierten Wirtschaft mit ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären besetzt, die ihre Verbindung mit der Bewegung formell lösen mußten. Aber selbst dieser keineswegs zufriedenstellende Prozentsatz hat die

Gewerkschaften vieler ihrer fähigsten Funktionäre beraubt, und eine neuerliche Erweiterung des Bereiches der nationalisierten Wirtschaft durch die nächste Arbeiterregierung wird diesen Zustand nur noch verschärfen. Die Antwort kann nur in einer systematischen Heranziehung eines Kadres geschulter und mit den Problemen der modernen Wirtschaft vertrauter Menschen durch die Arbeiterbewegung liegen. Die besten Sozialisierungsprogramme müssen scheitern, wenn nicht die Menschen vorhanden sind, die fähig und willens sind, sie durchzuführen!

ALFRED JOACHIM FISCHER

Der Sozialismus in Dänemark, Schweden und Norwegen

Eine Betrachtung

Nach achtzehnjähriger ununterbrochener Verantwortung stellte sich Norwegens Arbeiterpartei wieder den Wählern. Nicht selten hörte man pessimistische Voraussagen. Gemäß allen Spielregeln der Politik müßte sich die Partei – so lauteten diese Stimmen – nunmehr abgenutzt haben und ihre traditionelle Mehrheit einbüßen. Statt dessen gewann sie 78 unter 150 Sitzen.

Dabei hatte es sich die Arbeiterpartei nicht leicht gemacht. Ja, was ich nun berichten möchte, ist wohl nur in Skandinavien oder vielleicht überhaupt nur in Norwegen möglich: Die regierende Partei schuf ein neues Wahlgesetz, das ihren eigenen Erfolg in Frage stellte. Mit der bisherigen Bevorzugung großer Gruppen wurde Schluß gemacht. So hätte bei einem auch nur geringfügigen Stimmungsumschwung die Arbeiterpartei in die Minorität gedrängt werden können und ihre Position als Trägerin der letzten sozialdemokratischen Mehrheitsregierung Europas verloren.

Wer sich einer solchen Gefahr aussetzt, ist über jede Totalitätsverdächtigung erhaben. Wenn daher der norwegische Ministerpräsident Oskar Torp von der Weiterführung des sozialistischen Weges spricht, dann hat sein Sozialismus mit dem allmächtigen, unsozialistischen Staatskapitalismus der osteuropäischen Länder bestimmt nichts gemein. Vielmehr versteht er darunter eine gerechtere Verteilung des Nationalvermögens – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Diese Auffassung vom Sozialismus herrscht auch in den sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und Schwedens. Mit einer ganz kurzen Unterbrechung trägt die schwedische Sozialdemokratie die Hauptverantwortung seit 1932. Sie ist nicht mehr in der parlamentarisch so glücklichen Lage wie ihre norwegische Schwesterpartei, über eine eigene sichere Majorität zu verfügen, hält sich aber hart am Rande der Hälfte aller Wahlstimmen und regiert mit den bürgerlich eingestellten Bauern harmonisch zusammen.